



© Panthermedia.net/feelstock

Digitale Einmischung

Die Europawahl findet vom 23. bis 26. Mai 2019 in den voraussichtlich dann 27 Mitgliedsstaaten der EU statt. Gewählt werden 705 Abgeordnete. Nun befürchtet die EU-Justizkommissarin Manipulationen durch Internetplattformen und fordert rechtliche Anpassungen.

E-Manipulation der Europawahl?

EU-Justizkommissarin Vera Jourova warnt vor digitaler Manipulation und fordert rechtliche Anpassungen.

WIEN. Sieben Monate vor der Europawahl hat die EU-Justizkommissarin Vera Jourova vor Manipulationen der Wähler durch Internet-Plattformen gewarnt.

Der Skandal um den massiven Missbrauch der Daten von Facebook-Nutzern durch die britische Firma Cambridge Analytica sei ein „Weckruf“ gewesen, sagte sie am Dienstag vor dem Europaparlament in Straßburg.

Gegen Bürger gerichtet

Dieser Fall habe klargemacht, dass Daten missbraucht und gegen die Bürger verwendet werden können, so Jourova. Wahlkampfperioden seien besonders anfällig für „Desinformationen und Manipulationen“. Die EU-Wahl sei von dieser Gefahr nicht ausgenommen.

Bei Cambridge Analytica waren die Daten von mehr 87 Mio. Facebook-Nutzern gelandet. Sie sollen 2016 für den Wahlkampf des heutigen US-Präsidenten

Donald Trump benutzt worden sein.

Die gegenwärtigen Wahlregeln in der EU stammten noch aus der Zeit vor dem digitalen Zeitalter, sagte Jourova. Dies gelte etwa für die Finanzierung von Wahlkampagnen, Wahlwerbung der Parteien oder die Rolle der Medien. Diese Vorschriften müssten dem Internet-Zeitalter angepasst werden.

Rasches Handeln ist wichtig

Die EU-Kommission habe bereits ein Paket von Maßnahmen vorgeschlagen, um besser gegen Desinformation vorgehen zu können. Die EU-Staaten müssten nun rasch handeln, um sicherzustellen, dass die anstehende Europawahl „frei von Manipulationen, Desinformationen und Einfluss von außen“ bleibe.

Auch Abgeordnete aus mehreren Fraktionen forderten wirksame Maßnahmen gegen die Verbreitung sogenannter Fake

News. Der Skandal um den Missbrauch von Facebook-Daten durch Cambridge Analytica sei der „bisher größte im digitalen Zeitalter“, betonte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Udo Bullmann (SPD). Er sei aber nur ein Skandal in einer langen Reihe.

Auch Josef Weidenholzer (SPÖ), Vizepräsident der sozialdemokratischen Fraktion, kritisierte, dass es im Datenskandal „bis heute gibt es keinerlei Anzeichen“ einer Aufarbeitung gebe. Er forderte gesetzliche Vorgaben. „Mit der Resolution fordern wir nun konkrete Schritte. Facebook muss sich einer *unabhängigen Prüfung* unterziehen und politische Werbung sowie die Verbreitung von Inhalten durch Bots verbieten oder zumindest klar ausweisen“, so Weidenholzer.

Strenge Regeln gefordert

„Wir brauchen strengere Regeln für Online-Plattformen“, betonte auch die Ko-Vorsitzende der Grünen, die Deutsche Ska Keller. Eine Manipulation der Wähler müsse verhindert werden. (APA)



© APA/AFP/Emmanuel Dunand

EU-Justizkommissarin Vera Jourova fordert Regeln für Internet-Plattformen.